



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 20.— M. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50.— M., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10.— M. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Einzelragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

### Achtung!

#### Nimmzettel zur Urabstimmung über die Verlegung des Verbandstages auf Seite 3 beachten!

Für die Woche vom 12. bis 18. Februar 1923 ist die Belegmarke in das mit 7 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Vorstandes

**Erhöhung der Ortsbeiträge.**  
Zwiden. Ab 8. Februar für männliche Mitglieder 10 M., für weibliche Mitglieder 5 M.  
Münster. Für die 2. bis 4. Beitragstasse 20 M., die 5. und 6. Klasse 30 M., für die 7. und 8. Klasse 40 M., für die 9. bis 11. Klasse 50 M. Bei höheren Beiträgen immer 10 Proz. vom Verbandsbeitrag.  
Hannover, Breslau und Stuttgart. Der Ortsbeitrag ist auf 10 Prozent des Verbandsbeitrages festgesetzt.  
Düsseldorf. Auf 10 M. für alle Mitglieder.  
Dachau. Ab 1. Februar auf 20 M. für alle Mitglieder.  
Bayreuth. Ab 1. Januar auf 10 M. für weibliche und 15 M. für männliche Mitglieder.  
Dortmund. Auf 10 M. für alle Mitglieder.  
Der Verbandsvorstand gibt dazu die Genehmigung.  
C. A. C. Bucher, 1. Vorsitzender.

### Auß der Verbandstag in diesem Jahre stattfinden?

Als der im Jahre 1920 in Frankfurt a. M. stattgefundenen Verbandstag die Bestimmung im Statut (18.) festlegte, derzufolge Verbandstage in der Regel alle drei Jahre stattfinden sollen, waren sich wohl die Antragsteller und sämtliche Delegierte darüber einig, daß nach einem Zeitraum von drei Jahren die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands klarer und vor allem stabilere wären und die Wunden, die der Weltkrieg geschlagen hat, zu heilen begonnen haben. Es sollte eine Jubiläumstagung in Hamburg sein, weil wir in diesem Sommer das 25jährige Bestehen des Verbandes feiern können. Nach einem solchen Zeitabschnitt ist es nicht nur das Bedürfnis, Feste zu veranstalten und sich dessen zu freuen, was in dem verfloßenen Zeitraum erstrebt, errungen und geschaffen wurde, sondern solche Anlässe werden in der Arbeiterbewegung dazu benötigt, rückzuschauen auf das, was im Verlauf der Zeiten geschehen ist, daraufhin zu prüfen, ob es gut war und aus den Ergebnissen dieser Prüfung sollen die notwendigen Lehren gezogen werden. Dem sollte der nächste Verbandstag einen Teil seiner Verhandlungen widmen und sicherlich wäre auch diese Arbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die künftige Entwicklung des Verbandes und seine Wirksamkeit gewesen.

Weider sollten die Hoffnungen all derer, die in Frankfurt a. M. sich von diesen Gedankengängen leiten lassen, schließlich enttäuscht werden. Anstatt einer Klärung und Stabilisierung der Verhältnisse unserer jungen Republik sind wir nicht nur nicht aus dem Chaos herausgekommen, sondern elender und trauriger wurde die Lage des deutschen Volkes und insbesondere die der Arbeiterschaft. Ein verzweifelter Ringen um die nackte Existenz jedes einzelnen ist die Folge der Opfer und Bebrängnisse, die man Deutschlands Volk als Sühne für die Verbrechen seiner gewesenen Machthaber auferlegen zu müssen glaubt. Von Tag zu Tag verschlimmert sich die wirtschaftliche Lage, die sich durch den Einbruch des waffenstarken Frankreichs in friedlich arbeitendes deutsches Gebiet in den letzten Wochen zur Katastrophe ausgewachsen hat. In solcher Situation Gedanktage festlich zu begehen, Arbeiten vorzubereiten und auszuführen, die für Jahre hinaus richtunggebend sein sollen, besteht aber keine Möglichkeit. Alles, was heute im öffent-

lichen Leben in allen Körperschaften und insbesondere in den Arbeiterorganisationen geschieht, und geleistet wird, muß sich naturnotwendig auf den verzweifeltsten Tageskampf beschränken, ohne daß die Möglichkeit besteht, vorausschauend späteren Bedürfnissen und Erfordernissen entsprechen zu können. Und so liegt es auch mit all den Arbeiten, zu deren Bewältigung die Verbandsgeneralversammlung überhaupt vorgesehen ist. In erster Linie sollen die Delegierten überprüfen, ob das, was von den verantwortlichen Leitern des Verbandes in der abgelaufenen Geschäftsperiode getan wurde, den an sie zu stellenden Anforderungen entsprach. Die an dieser Tätigkeit zu übende Kritik wird aber nicht der Kritik willen geübt, sondern deshalb, um aus dem Gewesenen für die Zukunft Lehren zu ziehen. Das steht aber voraus, daß diese Zukunft wenigstens in großen Umrissen zu überblicken ist. Eine solche Möglichkeit besteht aber weder heute noch zu der Zeit, in der der Verbandstag zusammentritt. So wie der einzelne von der Hand in den Mund, von heute auf morgen zu leben oder besser gesagt, zu vegetieren gezwungen ist, so sind es auch unsere Organisationen, die von Tag zu Tag sich den Verhältnissen anzupassen haben. Was nützen die schönsten und besten Beschlüsse, die heute gefaßt, aber morgen bereits von den Verhältnissen überholt und nicht mehr durchzuführen sind. Das trifft auch insbesondere auf die Gestaltung der Verbandsorgane zu. Zum wiederholten Male mußten seit dem letzten Verbandstag notwendige Veränderungen des Statuts durch die verantwortlichen Instanzen vorgenommen werden, teils aus tatsächlichen, teils aus finanziellen Gründen. Wäre das unterlassen worden und hätte man am starren Buchstaben der Frankfurter Beschlüsse festgehalten, dann würde das den Ruin und den Zusammenbruch der Organisation bedeutet haben. Um das zu vermeiden, mußten wir beweglich bleiben und müssen es um so mehr in der nächsten Zeit.

Gilt es in erster Linie, das innere Getriebe des Verbandes in Fluß zu erhalten, seine Schlagkraft nicht zu lähmen, um wieviel mehr noch ist es notwendig, stets die Hauptaufgabe im Auge zu behalten, nämlich das abgeschlossene Eintreten für die materiellen Interessen der Mitglieder. Deswegen, war es immer der Höhepunkt jedes Verbandstages, wenn über die tatsächlichen Maßnahmen, die zur Hebung und zur Besserung der Lage unserer Kollegenchaft dienen sollten, beraten und beschlossen wurde. Und auch der nächste Verbandstag soll dieses Postulat als sein vornehmstes betrachten. Nicht mehr wie in Frankfurt a. M. sollte eine grundsätzliche Entscheidung darüber getroffen werden, ob Reichsstarke oder eine andere Form des Lohnvertrages für uns die bessere ist. Darüber sind die Meinungen geteilt. Aber zu prüfen ist, ob das, was in dieser Beziehung geschaffen wurde, den Bedürfnissen und Forderungen der Allgemeinheit entspricht und ob es zweckmäßig ist, den eingeschlagenen Weg auch auf anderen Gebieten weiter zu wandeln. Doch auch hier zeigt sich bei der ungewissen Lage die absolute Unmöglichkeit, voraussehen zu können, wie sich die Verhältnisse wandeln und gestalten werden.

Das Auf und Nieder der Geschäftskontunktur neigt sich immer bedenklicher dem letzteren zu. Geldentwertung, Papier- und Materialverwertung, Rückgang der Aufträge infolge Störungen im übrigen industriellen und gewerblichen Leben, von dem das graphische Gewerbe abhängig, dazu die Einschränkung, die sich bei lebende Bevölkerung beim Bezug von Zeitungen und Zeitschriften auferlegen muß — alles das wirkt unheilbringend, verderbend auf das, was im Druckgewerbe lebt und mit ihm zusammenhängt. Köhen wir also, daß in keiner Beziehung eine Tagung, wie sie unser Verbandstag sein soll, den ihr gestellten Aufgaben entsprechen kann, dann haben wir uns die Frage vorzulegen, ob die dafür aufzubewendenden Mittel mit den so sehr problematischen Ergebnissen irgendwie in Einklang gebracht werden können. Schon heute würde die Finanzierung des Verbandstages bei seinem sofortigen Zusammentritt eine in die Millionen gehende Summe verschlingen, die kaum noch aus dem Vermögensbestande des Verbandes gedeckt werden könnte. Nun wissen wir aber, daß eine

ständige Verteuerung der Verkehrsmittel, mit denen beim Zusammentritt der Delegierten aller Gauen Deutschlands schwer gerechnet werden muß, erfolgt. Die Unterhaltensschädigungen, Wohnungskosten und nicht zuletzt Druckkosten und andere unentbehrliche Vorbereitungen wachsen bis zum Stattfinden des Verbandstages derart ins Ungeheuerliche, daß der Verband unmöglich imstande ist, diese Mittel aus den laufenden Einnahmen auch nur zum Teil aufzubringen. Es gäbe nur die einzige Möglichkeit, und zwar die, unsere Mitglieder zu veranlassen, außer den von ihnen zu leistenden ständigen Beiträgen noch größere Opfer in Form von Extrabeiträgen zu bringen. Dem aber steht die bedauerliche Tatsache gegenüber, daß schon heute die Arbeiterschaft aufs äußerste in ihrer Leistungsfähigkeit auf organisatorischem Gebiet angespannt ist. Neben den Verbandsbeiträgen, die sich jeweils an das Lohnentkommen anpassen und die notwendig sind, um den gemerkchaftlichen Tageskampf zu führen, ist es wieder die Arbeiterschaft, die herangezogen wird, wenn es gilt, Opfer für die Allgemeinheit, Opfer für ihre hehren Ziele, Frieden und Freiheit zu bringen.

Deshalb glaube der Vorstandsvorstand gemeinsam mit den Gauleitern nicht zu diesem naheliegenden Ausnahmestritt greifen zu dürfen, sondern er mußte sich sagen, ehe solche Summen aufgewendet werden für eine Veranstaltung, deren Wert und Zweck so sehr beeinflusst wird von den Zeitverhältnissen, soll der Mitgliedschaft nahegelegt werden, auf die Abhaltung des Verbandstages in diesem Jahre zu verzichten. Der gesunde praktische Sinn, der unseren Mitgliedern innewohnt, wird ohne Zweifel erkennen, daß die vorhandenen Mittel des Verbandes, wenn sie für die Abhaltung des Verbandstages aufgewendet werden, ihrem eigentlichen Zweck, d. i. die Kampfkraft der Organisation, entzogen werden müssen. Und das will sicherlich niemand. Obwohl wir überzeugt sind, daß es manchen Idealisten geben wird, der gerne bereit wäre, noch größere Opfer zu bringen, wie sie ihm schon heute auferlegt werden, so wissen wir aber auch, daß es der großen Masse der Kollegenchaft unter den obwaltenden Verhältnissen einfach nicht mehr möglich ist, noch mehr als bisher schon von ihrem fargen Einkommen für diesen Zweck abzustufen.

Es findet daher auf Grund des Beschlusses der am 14. und 15. Januar d. Js. stattgefundenen Konferenz des Verbandsvorstandes, der Gauleiter und des Vorsitzenden des Verbandesbeirates in der Woche vom 12. bis 17. Februar eine Urabstimmung darüber statt, ob entsprechend unserem Antrage, der in diesem Jahre statutengemäß fällige Verbandstag stattfinden soll oder nicht. Wenn wir wieder, wie bereits bei der Urabstimmung über den Reichsstarke im Buchdruck, die gleiche Abstimmungsform wählen, dann sei hierzu erklärend noch folgendes bemerkt: Die Abstimmung selbst ist keine geheime, denn jedes Mitglied muß das Recht, aber auch die Pflicht haben, ohne sich zu scheuen, seine Stimme für oder gegen den gemachten Vorschlag in die Wagchale zu werfen. Die Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer auf dem Stimmzettel dient ausschließlich nur dem einem Zweck, eine Kontrolle darüber zu haben, daß nur Mitglieder des Verbandes stimmen. Im aber auch den Druck der Stimmzettel und die Anschaffung heute sehr kostspielig gewordenen Briefumschläge zu ersparen, benötigen wir unser Verbandsorgan, das jedem Mitglied zugestellt wird, zum Abdruck des Stimmzettels, der dort herausgetrennt und innerhalb der angegebenen Frist ausgefüllt und an die zuständige Zahlstellenverwaltung abzugeben ist. Das Resultat der Abstimmung wird vom Vorstand einer jeden Jahrestelle festgesetzt und sofort an die Gauleitung gesandt, von der dann an die Zentrale zu berichten ist.

Wir bitten die gesamte Verbandsmitgliedschaft, unseren Vorschlag und seine Begründung eingehend zu überdenken und im Sinne der von uns darzustellenden Möglichkeiten und Bedürfnisse zu stimmen.  
C. Bucher.

# Reorganisation der Gewerkschaften?

Nach dem Sozialistengesetz trafen sich im November 1890 in Berlin Vertreter der im Entfallen begriffenen Gewerkschaften, um über die Organisationsform und manches andere zu beraten. Der Hauptzweck dieser Gewerkschaftskonferenz war die Zentralisierung sämtlicher Gewerkschaften. Die Mehrzahl der Redner sprach sich für die Zentralisation aus und die Konferenz nahm eine entsprechende Entschließung an. Anschließend wurde eine siebenköpfige Kommission gewählt, welche sich als die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ konstituierte. Ihre Aufgabe war es, die Zentralisierung durchzuführen, Agitation zu betreiben und vieles mehr und der nächsten Gewerkschaftskonferenz mit entsprechenden Vorschlägen zu kommen. Unter diesen Rednern, welche sich für die zentrale Zusammenfassung aussprachen, unterbreitete damals schon C. Legien ein Musterstatut für den Aufbau und das Zusammenwirken der Gewerkschaften.

Einen weiteren Fortschritt gab es auf der Gewerkschaftskonferenz vom 13. bis 18. März 1891 in Halberstadt, wo neben anderen Fragen die Zentralisationsfrage getagt wurde, indem sich die Konferenz ausschließlich für Zentralverbände aussprach. So begann mit diesem Tage die Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften, zwar beschränkt, aber deshalb um so gefestigter, und der Wunsch von Paul Umbreit, dem Redakteur des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der Erinnerungsschrift zum 25. Jubiläum der Generalkommission, „noch jetzt die höchste Form der Einheit, der Bund der Gewerkschaften Deutschlands“, ist durch die Revolution und die Einsicht der maßgebenden Zentralverbände auch in Erfüllung gegangen. Mit der Konzentration des Kapitals durch Industriefusionen, Trusts usw. tauchte in Gewerkschaftskreisen bald der Gedanke der Industriereorganisation auf. Berufsorganisationen gleicher Industriezweige hatten auf allen ihren Verbandstagen entsprechende Anträge zu beraten, welche auch oft zur Urabstimmung zugelassen wurden. Die Anträge hatten nicht immer den Erfolg, den sich die Befürworter des Beschlusses vorher versprochen. Trotz der Notwendigkeit zur Schaffung von Industriereverbänden dürfen ihre unbedingten Anhänger nicht verkennen, daß die jetzt bestehenden Gewerkschaften einheitlich nicht so aufgebaut sind, um ein schnelles Sineinanderzugehen zu gewährleisten. Die Mängel, welche noch in großer Zahl bestehen, machen es notwendig, daß alle Befürworter der Industriereverbände vorerst an ihrer Beseitigung arbeiten. Diese Mängel sind fast nur verwaltungsmedizinischer Natur, kosten aber der organisierten Arbeiterschaft bei dem Valutaanstieg der Mark jährlich Milliarden, welche für die Arbeiterschaft und ihre Bestrebungen besser Verwendung finden könnten. Ich werde versuchen, die bestehenden Mängel innerhalb der Gewerkschaften zu zeigen und gleichzeitig Hinweise auf Abänderungsmöglichkeiten zu geben. Unsere wirtschaftliche Not, die auch nicht an den Gewerkschaften spurlos vorübergeht, erfordert Sparmassnahmen, die, sollen die Gewerkschaften ihre Aufgaben erfüllen, genau bedacht sein müssen. Die Not zwingt uns nicht die beiden größten Arbeiterparteien zum Zusammenschluß. Mehnlich wird es nun auch vielen Gewerkschaften gehen, welche beruflich zusammengehören.

In erster Linie ist der Inhalt jeder Gewerkschaft das Statut. Betrachten wir uns die Statuten der 49 deutschen Gewerkschaften, so müssen wir letzten Endes zu dem Schluß kommen, daß alle 49 Statuten daselbst belegen und bezeichnen. Es gibt nur geringe berufstechnische Unterschiede, die in einem Einheitsstatut berücksichtigt werden könnten. Ich behaupte sonach, daß sich 49 Verbandstagen zu Unrecht der Zeit für die Statutenberatung berauben. Dazu kommen die Geldkosten für die aufwendende Zeit und für den Neudruck. Die Eintrittsgelder und -bedingungen müssten in allen Gewerkschaften dieselben sein. Die Mitgliederzahlen für die ersten beiden Jahre sollten dieselbe Größe und sonstige Beschaffenheit haben und können durch Widerruf die notwendigen Verhaltungsmaßregeln für neue Mitglieder enthalten. Das Mitgliedsbuch muß, soll der Charakter des Gewerkschaftsbundes besonders ausgesprochen werden, einheitlich sein und nicht, wie es jetzt üblich ist, durch verschiedene Farben und Größen auffallen. Alle Bücher könnten so eingerichtet werden, daß die Markentafeln die gleiche Anordnung und Größe haben. Das Marktenverrechnungssystem am Kopfe des Marktenfeldes muß unbedingt für alle Gewerkschaften daselbst sein, um nicht einmal nach Marktentwert und ein andermal nach gezahlten Beiträgen rechnen zu müssen. Die sonstigen Aufrechnungsweisen usw., die hauptsächlich die Unterstützungen betreffen, haben ja schon heute einen fast einheitlichen Rahmen. Es könnten somit die Mitgliedsbücher gleich aussehen und denselben Inhalt haben. Auf dem Wege über die Gewerkschaftsbundesdruckerei werden bei Bestellungen für die einzelnen Verbände die Kopftitel beim Druck geändert.

Betrachten wir die Beitragsmarken aller 49 Gewerkschaften. Es haben alle Verbände mindestens 5 bis 11 Beitragsmarken. Viele Gewerkschaften erheben einen Stundenlohnbeitrag, der es nach der Ortskassenzahlung laut Tariflohn notwendig macht, daß verschiedene Beitragsmarken gezahlt werden müssen. Nehmen wir einen Durchschnitt von 8 Marken pro Verband an, so werden 392 der verschiedensten Werte im Umlauf gehalten, auch verschieden in Farbe und Größe. Und doch müßten 20 bis 30 Markenformen für alle Gewerkschaften zusammen genügen. Jede Marke hat einen Ausdruck, der die Beitragsklasse angibt. Wie hoch der Beitrag für diese Klasse ist, gibt der Verbandsvorsitz in der Verbandsatzung bekannt. Doch läßt es sich wohl einrichten, daß die Beiträge der einzelnen Klassen in allen Verbänden möglichst in gleicher Höhe gesetzt werden, so daß z. B. die Marke in Klasse 1 im Metallarbeiterverband, bei den Fleischern usw. 850 M. kostet, während Klasse 4 in allen Verbänden 700 M. ausmacht. Es wird also jeder Verband seiner Stundenlohnhöhe entsprechend die Beitragsklasse führen können. Die Marken insgesamt lassen sich in einer Druckerei (Gewerkschaftsbundesdruckerei) herstellen. Sie müssen durch Verbandsstempel entwertet werden, und da nur der bekannte Funktionär als Kassierer sie ausgibt, werden

die Mitglieder durch Nachahmungen nicht geschädigt werden können.

Ein im Gewerkschaftsleben nicht unwichtiger Faktor ist auch die Kasserung der Beiträge. Hier schlägt sich vor, um einen ständigen Rückgang von jäumigen Zahlen zu vermeiden, durch die Ortstarifliche Beitragskasserung einzuführen, welche gleich für alle Verbände kassieren können. Den kleinen Gewerkschaften, Appellaten, Fleischern, Friseurern, Hausangestellten und anderen ist es nicht immer möglich, eine entsprechende Anzahl Kassierer zu halten. Auch gibt es in manchen Berufen nicht immer genügend geschulte Vertrauensleute. So kam es, daß Verbände, deren Mitglieder weit verzweigt wohnen und nicht immer rechtzeitig abkassiert wurden, die meisten Streikungen in den Mitgliederlisten vornehmen mußten. Wird hier nicht endlich durch gemeinsame Kasserung - aller Organisierten durch einheitliche Bezirks-, Straßen-, Hausstafrierung Abhilfe geschaffen, so greift dieser Zustand bei der heutigen Zeit des schlechten Verwaltungsverlaufes sehr leicht auf andere Gewerkschaften über. Man soll es den Gewerkschaftsgenossen leicht machen, ihre Beiträge zu zahlen. Die Hausstafrierung schafft dann auch den Zustand ab, daß nicht in ein und demselben Hause drei oder noch mehr Kassierer wie bisher treppauf treppab müssen, sondern alles durch einen Hausstafrierer erledigt wird. Die Marktenverrechnung mit den einzelnen Verbänden wird auch nicht so schwer sein, daß sie einen Behinderungsgrund darstellen sollte. Außerdem ließen sich als Hausstafrierer Vertrauensleute kleiner Gewerkschaften finden, die zu gleicher Zeit die Geschäfte ihrer Organisation mit erledigen könnten. Heute geben viele Angestellten den kleinen Gewerkschaften zumeist wegen Mangel an Arbeit und Geld verloren.

Für die Kartotheksysteme der Gewerkschaften muß eine Regelung getroffen werden, so daß alle 49 Gewerkschaften und ihre Zweigvereine nach einem Einheits-system arbeiten. 49 Verbände, 49 und noch viel mehr Systeme. Hier sollte man vom Bund aus unter Zugrundelegung der einfachsten und alles belastenden Kartotheksysteme eine Aenderung herbeiführen. Jeder Kassierer innerhalb der Gewerkschaften ist ein tüchtiger Mann, aber alle haben ihre eigenen Systeme und denken damit am weitesten zu kommen.

Wir zahlen folgende Unterstützungen in den Gewerkschaften: Arbeitslosen, Reiser, Streik-, Maßregelungen, Rufsfall, Kranken- und Sterbeunterstützung. Unterstützungen sollte es gleichmäßig in allen Verbänden geben. Alle Verbände sollten Unterstützungen in gleicher Höhe entsprechend der Klassenbeiträge gewähren. Auch auf diese Art wird das Vertrauen zu den Gewerkschaften gefördert und ein zweifacher Konkurrenzkampf untereinander beseitigt.

49 Gewerkschaftszeitungen, darunter Industriegruppen, welche durchaus mit einer Zeitung auskommen würden. Einmal wird bei einer Wehraufgabe schon an Kosten gespart und zum anderen kann es wirklich nichts schaden, wenn der Facharbeiter weiß, um den Hilfsarbeiter der Schutz drückt und umgekehrt. Auch ist es heute notwendig, daß jedem einzelnen die Wirtschaftsnot und Lage des Berufsstandes so klar wie möglich gezeigt werden. Da wird nun auch sehr, sehr viel teures Papier und Druckerzwerkzeug verbraucht und Geld doppelt verausgabt: Warum könnte das nicht anders sein? Es kann sehr gut eine Industriegewerkschaft alle Berufsarten berücksichtigen, wie es uns die „Metallarbeiterzeitung“, „Courier“ usw. alle Tage beweisen. Konzentrierung der Kräfte und Mittel muß künftig das Gebot der Gewerkschaften werden.

Alles oben Gesagte hat natürlich nur dann einen Wert, wenn sich die tüchtigsten Organisierten der Gewerkschaften in der zu bestimmenden Reorganisationskommission des ADGB. aufzusuchen. Voraussetzung muß auch sein: je kleiner die Kommission, um so fruchtbarer die Arbeit. Das Gebiet, welches hier zum Nutzen der Gewerkschaften bearbeitet werden soll, schafft uns viel weiter vorwärts als alle Urabstimmungen über Industriereverbände. Natürlich läßt sich nicht alles mit einem Schläge erledigen. Aber schon eine Diskussion darüber wird uns dem gesteckten Ziele nach Vereinfachung und zweckmäßigen Reformen in den Verwaltungen der Gewerkschaften näherbringen. Auch die in letzter Zeit erwähnte Gewerkschaftsabsicht entspricht dem Grundgedanken der Konzentration der Kräfte und Mittel. Ich wünsche, daß alle, die sich dazu berufen fühlen, sich mit meinen Vorschlägen befassen. Vielleicht sind noch weitere Anregungen zu geben und andere und bessere Vorschläge zu machen.

Leipzig. Erich Matuschke.

# Der soziale Kampf im Jahre 1922

In der Geschichte der sozialen Bewegung der neuen Zeit bietet kaum ein anderes Jahr ein so bewegtes Bild wie das vergangene. Es ist späteren Zeiten vorbehalten, die ganze Tragweite und Bedeutung der Ereignisse dieses Jahres für die soziale Bewegung in vollem Umfang zu beurteilen. Nichtsdestoweniger müssen wir Zeitgenossen ebenfalls trachten, diese möglichst scharf ins Auge zu fassen und uns ihnen die für unsere Gesichtspunkte entscheidenden Lehren zu ziehen. In den anatomischen Herabwürdigungen des Bild eines kranken Herbes gezeichnet zu werden, welches sämtliche Krankheiten, die ein Pferd befallen können, an diesem einen Körper darstellt. Mehnlich wurde der wirtschaftliche und soziale Organismus der Gesellschaft in diesem Jahre von sämtlichen Krankheiten, die sonst in verschiedenen Zeiten und Perioden auftreten, ergriffen. Nach fünf Jahren Menschenmord ne Krümmerrhaken, neue Vernichtung von Werten, neue Verfüngungen an Tolen, Lebenden und noch nicht Geborenen.

Im Zeichen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion und des Rückgangs ist das vergangene Jahr verlossen. In der politischen Sphäre: Verherrlichung des neuen Gottes der Gewalt, brutale Gewaltanwendung der Mächthaber, Ueberhebung und Eigendünkel der Sieger. Imperialismus auf Kosten und mit Unterdrückung kleiner oder ohnmächtiger Völker, militärische Vorbereitungen, neue Rüstungen, Herstellung von Gift- und Gasmächten zum Gebrauch in künftigen Kriegen, — ein neuer Aufstuf des imperialistischen Geistes und Stimmung. In der Spitze markiert der französische Imperialismus, der in erster Linie auf Deutschlands Vernichtung und Zertrümmerung ausgeht, außerdem aber

die Oberherrschaft in Europa anstrebt. England unterdrückt die Freiheitsbestrebungen in Indien, Ägypten und Mesopotamien mit alten und neuen Mitteln der Gewaltanwendung. Das faschistische Italien rüstet sich zu imperialistischen Abenteuer. Die tiefte Sehnsucht der Völker nach friedlichem Zusammenleben untereinander wird mißachtet und ver-gewaltigt. Der Völkerverbund, welcher als Instrument des Friedens gedacht war, wird von den Mächthabern zur Ohn-macht verurteilt und konnte vorläufig kaum etwas für die Völkerverbündung erreichen. Die Washingtoner Abrüstungskonferenz hat zwar eine gewisse Einschränkung der Rüstungen auf See erreicht, doch wurde sie nicht vom Geiste der Völkerverbündung getragen und diene nur finsternen Zweck. Sparmassnahmen; im übrigen sind, ihre B. schiffe noch nicht einmal radikalisiert. So zeigt das politische Bild alle Zeichen der Verwohrenheit. Es hat sich gezeigt, daß die Politik das Leben der Völker entscheidend beeinflusst, daß die innere und äußere Politik untrennbar miteinander verflochten sind, da sich die innerpolitischen Machtverhältnisse auf die Gestaltung der äußeren Politik entscheidend auswirken, und also vom Bewußt der politischen Macht das Schicksal der Völker in erster Linie abhängt.

Der politischen Reaktion entspricht die wirtschaftliche. Kein Wunder, — die beiden Sphären sind von denselben Klassen und denselben Interessen beherrscht. Dieselben Macht- und Klasseninteressen bewegen die Mächthaber der Staaten und der Wirtschaft, die in den meisten Fällen dieselben Personen sind. Auch hier kann also vom friedlichen Zusammenleben der Völker nicht die Rede sein. An Stelle des freien Verkehrs finden wir überall, und zwar über die Zwangswege einzelner Länder weit hinausgehend, Absperrung, Erschwernungen und Hindernisse des Verkehrs. In der auswärtigen Wirtschaftspolitik sind wiederum und mehr als zuvor die Fragen der Konzeptionen, Petroleumfrage und ähnliche kapitalistische Interessen ausschlaggebend. Die Weltwirtschaft hat das ganze Wirtschaftsleben wie eine ankündende Krankheit befallen. Sie hätte nur durch ein Zusammenwirken sämtlicher Völker beseitigt werden können. Doch geschah auch auf diesem Gebiet, trotz vieler Konferenzen und nützlicher Empfehlungen, die auf ihnen ausgearbeitet wurden, nichts, was eine Besserung hätte herbeiführen können. Der nackte wirtschaftliche Egoismus auf kurze Sicht, der seine unmittelbaren Interessen der zukünftigen Entwicklung voranstellte, war stärker als der Wille der Massen zur Gesundung. Die Weltwirtschaft besteht weiter, und neben den Nutznießern derselben leidet das Proletariat haben und drüben darunter. Es bezahlt sie in dem einen Lande mit Arbeitslosigkeit, im anderen aber mit wirtschaftlichen und sozialen Niedergang.

Die soziale Reaktion wird von denselben Mächten getragen, welche das politische und wirtschaftliche Schicksal der Völker so verhängnisvoll gestaltet haben. Diefelben wollen die sozialen Ergründungskraften der letzten Zeiten zurückdrücken. Regierungen und Unternehmer sind in den meisten Ländern eilig in diesem Kampf; Abschaffung bestehender sozialer Einrichtungen und Verweigerung der Auffstellung neuer, längst versprochener, zumeist mit dem Schlagwort der Sparmaßnahme; Widerstand gegen Organisationsbestrebungen, Kampf gegen den Achtstundentag; ungenügende und vielfach mehrschennwürdige Behandlung der Arbeitslosen und der Arbeitslosigkeit überhaupt; Kündigung der Tarifverträge, bewußte Senkung des Reallohnes, Entlassung von Streikern, um die finanziellen Widerstandskräfte der Arbeiterorganisationen zu schwächen, Abbau der Arbeiterkontrolle, — diese und ähnliche Bestrebungen, von welchen noch im einzelnen zu sprechen sein wird, bildeten den dunklen Hintergrund, auf dem sich das Bild der sozialen Bewegung abhebt.

Wenn wir uns fragen, welches die Rolle der organisierten Arbeiterklasse in diesem Wirbel der Interessen und Machtkämpfe gewesen ist, und dabei manche Berechnungen ihrer Politik wie auch die erfüllten Niederlagen derselben im Bewußtsein haben, können wir trotzdem mit Befriedigung auf die Kämpfe des vergangenen Jahres zurückblicken. Es hat sich herausgestellt, daß einzig und allein die klassenbewußte Arbeiterschaft den hohen Zielen der Menschlichkeit und gemeinsamen Interesses der Völker gerecht wurde. Die Kapitalisten pflegten diese Klasse immer als „Destruktives“, zerstörendes Element hinzustellen; nun hat sich gezeigt, daß sie die einzige gesellschaftliche Klasse war, welche den Wiederaufbau Europas und die Völkerverbündung gefördert hat. Sie war das einzige gesellschaftserhaltende Moment in dieser Periode des Verfalls und Unterganges. Es war die klassenbewußte Arbeiterschaft, welche als erste die Forderung der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft durch die vernünftige Regelung der Reparationsfrage gefordert hat, gegen imperialistische Abenteuer ihre Stimme erhoben, dem Krieg den Krieg erklärt hat, eifrige Propaganda für die Wiederrichtung eingeleitet und ihre vollen Kräfte hierfür eingesetzt hat, das Ende des Kapitalismus durch weitestgehende Vorschläge herbeiführen trachtete, die internationale Regelung der Produktion, besonders der Rohstoffbewirtschaftung anregte, die Beseitigung der Hindernisse des freien Waren-austausches unter den Völkern — wenn auch ihre Politik wegen ihrer Notlage nicht überall einheitlich sein konnte — im ganzen angekreht hat. Sie war also die einzige Klasse, welche neben ihrer Idee von der zukünftigen Einrichtung der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung den Forderungen des Tages gerecht wurde und die einzige, welche die Ideen der Menschlichkeit und des wahren Internationalismus hochgehalten hat.

Dies muß in einem Zeitpunkt besonders betont werden, wo die Anziehungskraft der sozialistischen Ideen und des Klassenkampfes viel an Boden verloren hat. Es sind der Bewegung Arbeitermassen entzogen worden, welche von ihr die plötzliche Aufrichtung des tausendjährigen Reichs erwarteten und sich in ihren Hoffnungen getäuscht hätten, aber auch Intellektuelle, bei denen der Sozialismus als der Mode kam. Eine Kritik über die Kritiker des Sozialismus und des Klassenkampfes ist hier nicht am Platze. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß der Klassenkampf das einzige Mittel ist, wodurch die Klasse sich ihrer selbst bewußt wird, und bevor dies geschieht, kann sie auch ihre historische Aufgabe nicht erkennen und erfüllen. Die Tatsachen, die wir hier kurz angedeutet haben, zeigen, daß die Arbeiterklasse als solche eine hohe historische Aufgabe hat und daß sie diese trotz allem und für die Gesaminteressen der Menschheit zu erfüllen bereit ist. Die einzelnen Momente der sozialen Bewegung im vergangenen Jahr sollen in einem zweiten Artikel behandelt werden.



## Nach der Ruhrbefehung

Europäische Arbeitslosigkeit und deutsche Konkurrenz. Wir müssen Deutschland zugrunde richten, — denkt und sagt Poincaré. — da sonst uns in Deutschland in einigen Jahren oder Jahrzehnten ein fürchterlicher Gegner nicht nur als politische Macht, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht erwachsen wird. Wenn Deutschland mit seiner wachsenden Bevölkerung seinen Produktionsapparat weiterentwickelt, dann wird es so billig und massenhaft Industrieprodukte herstellen, daß es die Produkte anderer Länder vom Weltmarkt verdrängen wird. Und als Vorzeichen für diese Entwicklung weisen er und die französische Presse auf die europäische Arbeitslosigkeit hin, welche augenblicklich durch die deutsche Konkurrenz verschuldet sei. Sie behaupten: die Konkurrenz der deutschen Industrie ist schuld daran, daß heute anderthalb Millionen englischer Arbeiter beschäftigungslos sind, daher habe auch der englische Arbeiter ein Interesse, Deutschlands wirtschaftliche Macht für ewig zu brechen. Diese im Dienste der Vernichtung statt des Wohlstandes beruhenden Argumente der französischen Presse sind die denkbar verworrensten, und abgesehen von ihrem menschen- und kulturunwürdigen Inhalt — da sie die eigene Volkshatz auf den Trümmern eines großen Volkes errichten möchten — können sie auch vor einer wirtschaftspolitischen Kritik keinen Zuecker bestehen. 1. Vor dem Kriege war Deutschland der größte Abnehmer englischer Produkte. Durch seine Umschaltung bzw. Vernichtung würde es aufhören, als Käufer aufzutreten sowohl in England wie auch in anderen Ländern. 2. Die Geldentwertung schafft für eine Weile günstige Bedingungen für den deutschen Export. Werden diese entweder durch die Stabilisierung des Marktes oder aber ohne diese infolge des vollständigen Zusammenbruchs der Währung nicht mehr vorhanden sein, so wird auch der Vorkurs der deutschen Industrie bald verschwinden. Es kann dauern auch deshalb nicht bestehen, weil hierzu die natürlichen Bedingungen fehlen. Deutschland verfügt nicht mehr über die notwendigen Naturrische (Kohle, Erze usw.), hat keine Kolonien für Rohstoffbeschaffung, bezieht seine Einkünfte von ausländischen Kapitalanlagen, von der Seeschifffahrt, und indem es als Finanzmacht nicht mehr existiert, hat es kein Einkommen als Weltbankier. Da die Auswanderung deutscher Arbeitskräfte unterbunden ist, kann es keine namhaften Gelder der Auswanderer in die eigene Volkswirtschaft hineinziehen. Aus allen diesen Gründen wird Deutschland nicht die nötigen Kapitalien haben, um seine Industrie übermäßig zu entwickeln. Die Angst vor einer riesenhafte Entwicklung der deutschen Industrie ist für die Zukunft also vollkommen hinfällig; unsere Produkte könnten immer zur einen verhältnismäßig geringen Teil des Weltbedarfs decken. 3. Die einzige Möglichkeit dafür, daß die deutsche Konkurrenz tatsächlich schädlich für die Arbeiterschaft anderer Länder sein könnte, läge in der Befolgung der bisherigen Reparationspolitik. Wenn nämlich der deutsche Arbeiter Schienenarbeit verrichten muß, schlechter bezahlt wird und länger arbeitet als die Arbeiterschaft in anderen Ländern, wenn die deutsche Bauwirtschaft ihre Waren unter den Herstellungskosten selbständig muß, um ihr Leben zu fristen (zu den Herstellungskosten gehört in erster Linie die Arbeitskraft, die jedoch infolge der schlechten Entlohnung und der dadurch hervorgerufenen Unterernährung sich nicht wiederherstellen kann) — so wird die billige deutsche Arbeit ebenso wie die billige Kuliarbeit der Chinesen zu einer Gefahr für die Industrien anderer Länder werden. Solange die deutsche Arbeiterschaft nicht durch Unterernährung und Lebensanstrengung verarmt! 4. Es ist nicht einmal wahr, daß der Marktzug allein die Ursache der Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern und Amerika gewesen sei. Die Wirtschaftskrise entstand ganz unabhängig von der deutschen Weltwirtschaft. Ihre Gründe liegen in dem Krieg, als mächtige neue Industriezweige überall entstanden, welche mit der Zeit in Stodung geraten mußten; in der Verschlebung der Proportionen zwischen den einzelnen Industriezweigen, in der Verarmung großer Wirtschaftskreise, welche als Käufer ausgeschaltet wurden, in der fälligen Verteilung der Einkommensverhältnisse, die einer Schmälerung der in der Welt vorhandenen Kaufkraft gleichkommt usw. Da aber die Weltwirtschaftskrise einmal vorhanden und die Nachfrage nach Waren am Weltmarkt bereits eingeschränkt war, konnte die infolge der schlechten Weltmarktliche deutsche Ware diese Nachfrage befriedigen. Sobald aber die Weltwirtschaftskrise beboben ist, und dazu gehört in erster Linie die Sanierung der deutschen Wirtschaft, wird der Anteil der letzteren bei der Weltversorgung nicht größer sein als zuvor.

## Die neuen Lohnvereinbarungen im Schriftgießereigewerbe

Nach dem Abschluß der neuen Tarifhöhe für Gehilfen und Hilfsarbeiter im Buchdruckergewerbe wurden auch die Zulagen für die Schriftgießereiarbeiter und -arbeiterinnen vereinbart. Vom 31. Januar bis 15. Februar erhalten eine erteilte Arbeiter bis zu 21 Jahren einen Wochenlohn von 22 224 Mt., von 21 bis 24 Jahren 30 648 Mt., über 24 Jahre 32 296 Mt. Für die angeleiteten Arbeiter stellt sich während derselben Zeit der Wochenverdienst: nach derselben Altersklassen gestaffelt, auf 25 416 Mt., 27 600 Mt. und 29 040 Mt., für unangeleitete Arbeiter nach einjähriger Berufstätigkeit auf 17 bis 19 Jahren 20 184 Mt., von 19 bis 21 Jahren 28 256 Mt., von 21 bis 24 Jahren 28 248 Mt., über 24 Jahre 27 812 Mt. Für die Arbeiterinnen gilt nach mehr als einjähriger Tätigkeit folgender Wochenverdienst: von 17 bis 19 Jahren 17 304 Mt., von 19 bis 21 Jahren 18 768 Mt., über 24 Jahre 19 776 Mt. Arbeiterinnen mit mehr als sechsjähriger Tätigkeit erhalten 19 920 Mt. Die Familienzulage ist für diese Zeit auf 1400 Mt. festgesetzt worden. Für die Zeit vom 14. bis 20. Februar gelten für die genannten Gruppen folgende Wochenlöhne: Gehilfen Arbeiter 33 888 Mt., 36 792 Mt. und 38 712 Mt. u. e. lernte Arbeiter 30 504 Mt., 33 120 Mt. und 34 848 Mt. unangeleitete Arbeiter 24 216 Mt., 27 888 Mt., 30 288 Mt. und 32 028 Mt. Arbeiterinnen 20 760 Mt., 22 536 Mt., 23 712 Mt. und 28 860 Mt. Die Familienzulage beträgt 1612,80 Mt.

## Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Bielefeld. Zwischen der Bielefelder Sackfabrik G. m. b. H. und unserer Ortsverwaltung ist am 2. Februar nachstehendes Lohnabkommen getroffen worden: Männliche Arbeiter: 17 bis 19 Jahre ab 22. Januar 17 270 Mt., ab 12. Februar 20 720 Mt.; 19 bis 21 Jahre ab 22. Januar 20 150 Mt., ab 12. Februar 24 180 Mt.; 21 bis 24 Jahre ledig ab 22. Januar 21 920 Mt., ab 12. Februar 26 290 Mt.; verheiratet ab 22. Januar 22 860 Mt., ab 12. Februar 27 420 Mt.; über 24 Jahre ledig ab 22. Januar 23 900 Mt., ab 12. Februar 28 770 Mt.; verheiratet ab 22. Januar 25 040 Mt., ab 12. Februar 30 110 Mt. — Arbeiterinnen. 17 bis 19 Jahre ab 22. Januar 12 090 Mt., ab 12. Februar 14 810 Mt.; 19 bis 21 Jahre ab 22. Januar 14 440 Mt., ab 12. Februar 17 400 Mt.; über 21 Jahre ab 22. Januar 15 500 Mt., ab 12. Februar 18 700 Mt.; verheiratet 10 Mt. mehr. — Neueintretende erhalten in den ersten zwei Wochen 80 Proz. obiger Sätze, in den nächsten zwei Wochen 90 Proz. und nach vier Wochen den vollen Lohnsatz. Für Affordarbeiterinnen werden die neuen Affordsätze ab 22. Januar auf der Grundlage von 16 000 Mt. und ab 12. Februar auf der Grundlage von 19 200 Mt. pro Woche festgesetzt. Ueberstunden werden mit 25 Proz. und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag berechnet, Feriertage werden nur für Lohnarbeiter bezahlt. Das Abkommen gilt ab 22. Januar bis zum 24. Februar 1923 einschließl.

**Gera.**

Die Mindestwöchentliche betragen:

Hilfsarbeiter:		ab 27.1.	ab 10.2.
Steinschleifer, verheiratet		27 479,—	32 923,—
ledig		27 428,—	32 872,—
Hilfsarbeiter, verheiratet, über 24 Jahre		26 110,—	31 267,—
ledig, über 24 Jahre		26 037,—	31 194,—
verheiratet, 21—24 Jahre		23 208,—	27 792,—
ledig, 21—24 Jahre		23 061,—	27 645,—
" 19—21 "		20 249,—	24 260,—
" 17—19 "		17 426,—	20 884,—
" 15—17 "		14 433,—	17 298,—
" im 15. Jahre		10 026,—	12 032,—
Anlegerinnen, Offset und Rotary		17 291,—	20 729,—
Stein- und Steindruck		15 911,—	19 063,—
Auslegerinnen über 18 Jahre		14 528,—	17 383,—
unter 18 Jahren		14 870,—	17 235,—
Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre		14 512,—	17 377,—
" 18—20 Jahre		13 068,—	15 647,—
" 16—18 "		11 565,—	13 857,—
" 14—16 "		8 641,—	10 360,—

**Nürnberg-Gürth.**  
Die neuen Zulagen betragen für männliche Hilfsarbeiter von 16 bis 18 Jahren ab 27. Januar 4912 Mt., ab 10. Februar 3276 Mt., für Hilfsarbeiter von 18 bis 21 Jahren 6052 Mt., und 4063 Mt., von 21 bis 24 Jahren 6681 Mt. und 4437 Mt., über 24 Jahre 7920 Mt. und 5279 Mt. Anlegerinnen, Fangerinnen, Materialzüglerinnen erhalten 5720 Mt. und 3813 Mt. Goldarbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren 4628 Mt. und 3107 Mt., von 18 bis 21 Jahren 5109 Mt. und 3393 Mt., über 21 Jahre 5720 Mt. und 3813 Mt. Die Altersstufen bei den Hilfsarbeiterinnen sind dieselben. Die Zulagen sind festgesetzt auf 4094 Mt. und 2749 Mt. auf 4520 Mt. und 3002 Mt. und auf 5060 Mt. und 3373 Mt.  
Die bisher gezahlte Entschädigung für Bronzier-, Ruber- und Weltaubarbeiten sowie für Arbeiten an Farb- und Anstrichmaschinen ist anders geregelt worden. Nach den neuen Festsetzungen wird ab 27. Januar jeder für 1000 Bogen im Format 95/120 und 82/110 an jede Beschäftigte 15 Mt., für Format 70/100 und kleiner 12 Mt. Diese Zuschläge dürfen nicht unter 6 Mt. für die Stunde betragen.

## Aus unseren Zeitungen

Altenburg. Die schlecht besuchte Hauptversammlung am 19. Januar gab dem Vorsitzenden Veranlassung, die Saumlosigkeit und Interesslosigkeit vieler Mitglieder zu rügen. Manche Kollegen und Kolleginnen zeigten nur bei der Neuregelung der Wöhne besondere Teilnahme am Organisationsleben. Viele bekommt man das ganze Geschäftsjahr über nicht zu Gesicht. Sie lassen über ihr Geschäft entscheiden wie die Kammer. Der Vorsitzende Kollege Hoyer sprach den Wunsch aus, daß es im neuen Jahre mit den „Halben“ und „Gauen“ besser werden möge. Der Bericht des Vorstandes bot interessante Einblicke in die Tätigkeit der mit der Leitung der Zohlstelle beauftragten Funktionäre im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Versammlung drückte ihre Anerkennung für die selbstlose Arbeit des Vorsitzenden und Kassiers dadurch aus, daß sie beiden eine Nominierung bewilligte. Die Vorkassier hatte eine Einnahme von 95 006,37 Mt. und eine Ausgabe von 25 667,22 Mt. Das Vermögen der Zohlstelle betrug am Jahresabschluss 12 339 Mt. bei einem Mitgliederbestand von 199 weiblichen und 33 männlichen Organisierten. Die Versammlung beschloß, die Säus- und Druckereikassier mit 2 Proz. der Einnahmen aus dem Verbandsbeiträgen zu entschädigen. Der Ortsbeitrag wurde ab 8. Beitragswoche auf 15 Mt. erhöht. Bei der Vorstandswahl lehnte es leider der bisherige Vorsitzende und Mitbegründer der Zohlstelle, Kollege Otto Hoyer, ab, wieder zu kandidieren. Persönliche Umstände zwangen ihn dazu. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Kollege Franz, zweiter Vorsitzender Kollegin Cianta, Kassierer Walter Hoyer, Schriftführer bleibt Thiere, sein Stellvertreter wurde Solbrig, Revisoren Schay und Bauhof. Auf eine Bewerderung der Ortsverwaltung beim Thüringischen Justizministerium, die Gefängnisarbeit einzudämmen, um die Arbeiterschaft vor Schäden zu bewahren, war eine kurze Antwort eingegangen, in der es heißt, in den Gefängnissen wird keine Arbeit geleistet, die die Konkurrenz und die freie Arbeiterschaft gefährden könnte. Mit dieser Antwort, die die Arbeiter allerdings nicht befriedigen kann, muß die Angelegenheit vorläufig als abgehan gelten.

Augsburg. Generaterversammlung am 14. Januar. Den Jahresbericht erstattete unser bisheriger 1. Vorsitzender Kol-

lege Barth, der den Mitgliedern die im verflohenen Jahre von der Verwaltung geleistete reiche Arbeit vor Augen führte. Den Kassierbericht gab Kassierer Wörl bekannt. Die Gesamteinnahmen beliefen sich mit dem Kassenbestand am 1. Januar 1922 auf 253 182,65 Mt. Demgegenüber sind an Ausgaben zu verzeichnen: An Unterstellungen 35 126,80 Mt., für Agitation 9884,60 Mt., Verwaltungsausgaben 3755,30 Mt., Sonstiges 10 706,95 Mt.; an die Hauptkasse wurden gelangt 162 978,20 Mt., so daß ein Bestand von 30 730,80 Mt. für die Ortssätze verbleibt. Zum größten Bedauern aller Mitglieder teilte Kollege Barth mit, daß er die Funktion als 1. Vorsitzender unter seinen Umständen mehr annehmen könne. Die Gründe, die er anführte, sind wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß er nicht mehr in seinem Berufe tätig ist und so der Sache mehr und mehr entfremdet wird. Nachdem noch die Verammlung unserer verstorbenen Mitglieder gedachte, wurde zur Neuwahl der Verwaltung geschritten, welche folgendes Resultat ergab: 1. Vorsitzender Johann Moser, 2. Vorsitzender Speyer, 1. Kassierer Wörl, 2. Kassierer Schnay, 1. Schriftführer Schelle, 2. Schriftführer Wöhl und Revisoren Hopmann, Julie Röder sowie noch als Beiführer Stühelmeier, Barth, Dina Moser.  
Mit warmen Worten des Dankes an alle, welche ihre Dienste der Organisation widmen, und mit der Bitte, auch im neuen Jahre treu zum Verband zu stehen, schloß Kollege Barth die Versammlung.  
Bei dieser Gelegenheit sei nochmals des bisherigen 1. Vorsitzenden Kollegen Barth gedacht, der stets zielbewußt und klar für die Interessen der Mitglieder eingetreten ist. Ihm sei von dieser Stelle aus nochmals der herzlichste Dank gesagt. An unsere Kolleginnen und Kollegen richtet die Verwaltung die Bitte: Steht auch im neuen Jahre treu zu eurer Organisation, um eurer selbst willen, sei denn und geschlossen, wenn es gilt, unsere heiligen Menschenrechte zu verteidigen; dann werden wir uns, trotz der schweren Zeit, die auf uns lastet, behaupten können.

**Chemnitz.** Unsere am 30. Januar stattgehabene Generalversammlung, die sehr gut besucht war, fand auch unter reger Anteilnahme der Mitglieder statt. Kollege Findewitz als 1. Vorsitzender gab zunächst in reichlich eingehenden Ausführungen einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Trotz bescheiden Reichstärks gefaltete sich die Bewegung mit den Herren Prinzipalen ziemlich rege. Noch immer wollte man sich nicht an die tariflichen Bestimmungen fassen. Es machten sich 28 Eingaben notwendig, ebenso 27 persönliche Verhandlungen, und in 4 Fällen mußte erst Klage eingereicht werden. Leider mußte auch mit angeführt werden, daß es Mitglieder gibt, die noch nicht die Bedeutung der Organisation begriffen haben. Diese Mitglieder mußten mit 38 Briefen an ihre Pflichten erinnert werden. Davon waren 34 von Erfolg. Mit warmen Worten des Dankes an die Unterklärer für ihre aufopfernde und undankbare Tätigkeit und mit einem Appell an die Versammlung, nun ihr Urteil über die Tätigkeit der Ortsverwaltung zu fällen, schloß Kollege Findewitz unter sehr starkem Beifall seinen Bericht. In der sich nun anschließenden freien Aussprache, an der sich nur ein Kollege beteiligte, wurden die Tätigkeit der Ortsverwaltung und die Ausführungen von Berichtseffalter anerkannt. Der Redner übte scharfe Kritik am DGB und am Verbandsvorstand. Besonders die Form der Urabstimmung über den neuen Reichstarif wurde verurteilt. Ueber diese Form der Abstimmung herrschte allgemeine Empörung. Es kam recht deutlich zum Ausdruck in einer eingereichten und angenommenen Resolution. Die bisherige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt. Neu hinzu kamen die Kollegen Fritz Mitscher und Richard Böhm als Beiführer. Im Schlußwort kennzeichnete Findewitz noch die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation und machte auf die Gefahren der heranabenden Arbeitslosigkeit aufmerksam.

**Darmstadt.** Am 21. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung im Gewerkschaftshause statt. Der Vorsitzende Kollege Menges gab den Geschäftsbericht. Für den Vorstand war mandata die Arbeit berat, daß er nur mit Aufbietung aller Kraft den Anforderungen gerecht werden konnte. Die tariflichen Bestimmungen wurden meist ohne Schwierigkeiten durchgeführt. Durch die Veränderung im Vorstand, daß Kollege Spieß im vierten Quartal die Kassengeschäfte übernahm, war es möglich, die Kollegenchaft von Heppenheim und Pfungstadt zu gewinnen, der Tarif wurde in beiden Orten anerkannt. Für die Kollegenchaft von Oberstadt, die uns seit diesem Jahre angeschlossen ist, war

## Zur Urabstimmung über die Vertagung des Verbandstages

Abstimmungsberechtigt sind alle Mitglieder des Verbandes, die mit ihrer Beitragsleistung nicht länger als 4 Wochen im Rückstand sind.  
Die Abstimmung erfolgt in der Woche vom 12. bis 17. Februar; die Stimmzettel müssen spätestens bis 19. Februar abends an die Zassstellenteilung abgegeben werden.  
Die Stimmzettel sind von jedem Mitglied eigenhändig auszufüllen. Nicht genügend ausgefüllte Stimmzettel sind ungültig.

Sie abstimmen.

### Stimmzettel

zur Urabstimmung über die Vertagung des Verbandstages.

**Vor- und Zunamen:** .....

**Nummer des Mitgliedsbuches:** .....

**In welchem Betrieb sind Sie beschäftigt?** .....

**Sind Sie für die Vertagung des Verbandstages?** . . . . .  
(Mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten.)

das noch nicht möglich. Ein sehr schönes Resultat haben wir durch den Abschluss eines Ortstarifs für unsere Kollegenschaft im Einheitsdruck erzielt. In den höchsten Klassen betragen die Löhne der Hilfsarbeiter im Steindruck 18 659 M., gegen 17 099 M. im Buchdruck, ein Unterschied von 1560 M., ähnlich verhält es sich in allen anderen Klassen. Bei den Einzelgeräten gleicht sich der Unterschied jetzt langsam aus durch die Einführung der 65 Proz. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 40 männliche und 142 weibliche, zusammen 182, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 31 Mitgliedern. Trotz der Mitgliederzunahme kann der Verbandstag nur ein Durchschnittsbesuch genannt werden. Der Redner äußert sich dann zum neuen Reichstarif. Wenn auch nicht alle Wünsche und Anträge erfüllt werden konnten, so muß doch gesagt werden, daß unsere Verhandler mit großen Schwierigkeiten zu rechnen hatten und sie das Vertrauen der Mitgliedschaft verdienen. Der Kassierer Kollege Spieß erstattete hierauf den Kassienbericht. Eine Diszussion über beide Berichte wurde nicht beliebt. Die Verbandswahl ergab folgendes Resultat: Kollege Menges erster Vorsitzender, Kollege Rühl zweiter Vorsitzender, Kollege Spieß Kassierer, Kollege Neumann Schriftführer, als Revisoren Jungesser und Weigner, die Kolleginnen Lohr und Schimpf als Beisitzer. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Rühl und Neumann wiedergewählt. Unter Vorbehaltene rechte Kollege Ringer an, in einem Schreiben den Hauptvorstand um sofortige Aufnahme von Verhandlungen zwecks Erhöhung der Löhne zu ersuchen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die gut und sachlich verlaufene Versammlung.

**Königsberg.** In der Generalversammlung, die am 25. Januar stattfand, erstattete der Vorsitzende Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Trotzdem der abgelaufene Tarif die Löhne für alle Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen einheitlich geregelt hatte, ist es doch nicht möglich gewesen, ihn auch in allen Betrieben reiflos durchzuführen. Dem Vorstand kann aber dieserhalb keine Schuld beigemessen werden, sondern ausschließlich den betreffenden Betrieben selbst. Daß der Vorstand seine Pflicht getan hat, beweisen die vielen Klagen, die deshalb beim Tarifschiedsgericht geführt werden mußten. Es beweist dieses um so mehr, weil die Prinzipalvertreter ab 1. Mai v. J. es ablehnten, wegen Entlohnung der Hilfsarbeiter eine Entschädigung herbeizuführen. Wir haben dann Gewerbevereinigungen und Schlichtungsausschüsse in Anspruch genommen, die uns weiterhin zu unserem Recht verhalfen. Die Urteile, die in allen Instanzen immer zu unseren Gunsten ausfielen, wurden aber dadurch herabgemindert, da viele Mitglieder der besagten Betriebe nach der Beurteilung der Prinzipale mit diesen wieder Sonderabmachungen getroffen haben. Dieses muß aufs schärfste verurteilt werden, denn diese Mitglieder schädigen nicht nur sich selbst, sondern auch eine Reihe anderer Kollegen, und die Arbeit des Vorstandes ist fast umsonst gewesen. Durch die schlechte Konjunktur im Buchdruckgewerbe sind auch hier, besonders in der letzten Zeit, viele Kollegen und Kolleginnen arbeitslos geworden. Fast das ganze Jahr hindurch wurde in allen Betrieben mehr oder weniger verkürzt gearbeitet. Das Zusammenarbeiten im graphischen Kartell war auch im verflochtenen Jahre ein gutes. Die Mitglieder sollten den Verantwortlichen des Kartells mehr Interesse entgegenbringen, damit die Arbeitsfreudigkeit derjenigen gehoben wird, die auch hier für sie arbeiten. Gleichfalls haben wir mit der Gehilfenorganisation sehr gut zusammengearbeitet. Es ist so mancher Streit geschlichtet worden. Der Vorstand der Buchdrucker hat sich nicht gescheut, auch seinen Mitgliedern mal gehörig den Kopf zu waschen. Wenn diese sich Uebergriffe gegenüber unseren Mitgliedern zuschulden kommen lassen. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, in der neuen Tarifperiode sich voll hinter den neuen Vorstand zu stellen, damit dieser Tarif überall reiflos durchgeführt werden kann. Dann erstattete der Kassierer den Kassienbericht. Die Versammlung beschloß, daß die Arbeitslosen sich stets auf dem städtischen Arbeitsnachweis zu melden haben, denn ohne abgestempelte Karte wird vom Verband keine Unterstützung gezahlt. In den neuen Vorstand wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Die Prinzipale hier am Orte, die schon immer für die tarifliche Bezahlung schwer zu erziehen waren, glauben den jetzigen Tarif erst recht nicht anerkennen zu müssen. Es wird die höchste Zeit, daß die Mitglieder der betreffenden Betriebe sich mehr an allen Versammlungen des Verbandes beteiligen, um Aufklärung zu erhalten. Die Generalversammlung hat nicht bewiesen, daß ein Teil der Mitglieder die Schwere der Zeit begriffen hat.

**Alttau.** Jahreshauptversammlung am 9. Januar. Der Vorsitzende Kollege Bär gab einen kurzen Ueberblick über das vergangene Jahr. Dann erstattete der Kassierer Kollege Hänch den Kassienbericht. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Kollege Bär, Kassierer Kollege Hänch, Schriftführer Kollegin Wlaser. In das Gewerkekartell wurde der Kollege Bier und in das Graphische Kartell ebenfalls der Vorsitzende und die Kolleginnen Schubert und Klinge delegiert. Der Vorsitzende erläuterte dann die wichtigsten Bestimmungen des neuen Tarifvertrages. Er schloß seine Ausführungen mit dem Erläutern an die im Buchdruck beschäftigten Mitglieder, den Tarif anzuerkennen und für ihn zu stimmen. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Losalbeitrag auf 5 M. zu erhöhen. Von verhandelten im Steindruck beschäftigten Mitgliedern wurde Klage darüber geführt, daß die Unternehmer für Bronzierarbeiten keine Zuschläge bezahlen. Die Kolleginnen

sollen im Betriebe vorstellig werden, 10 Proz. Zuschlag verlangen und dem Vorstand das Resultat mitteilen, der bei Ablehnung unserer Forderung weitere Schritte unternehmen wird.

### Rundschau

**Die neuen Zulagen für Lithographen und Steindruck** sind am 29. Januar durch eine vom Tarifsausschuss eingesetzte Lohnkommission vereinbart worden. Eine Zulage von 9000 M. in der Spitze wird ab 27. Februar gewährt, die andere von 6000 M. ab 19. Februar. Die Lohnerhöhung ist für über 24 Jahre alte Gehilfen dieselbe wie im Buchdruckgewerbe und staffelt sich wie üblich nach Alters- und Druckschlagklassen. Die Vereinbarungen gelten bis zum 1. Februar.

**Die Urabstimmung über den Reichstarif** hat uns gezeigt, daß viele Mitglieder ihr Mitbestimmungsrecht nicht ausübten, sonst müßte die Beteiligung an der Abstimmung eine stärkere gewesen sein. Haben doch von den rund 24 400 im Buchdruckgewerbe beschäftigten Mitgliedern nur wenig mehr als die Hälfte, nämlich 83,53 Prozent, von dem Recht der Abstimmung Gebrauch gemacht. Im ganzen zählt der Verband jetzt 60 200 Mitglieder. Von den abgegebenen Stimmen haben sich 57,91 Prozent für und 40,88 Stimmen gegen den Tarif entschieden. Hoffen wir, daß bei der Urabstimmung über die Beratung des Verbandstages die Mitglieder ein größeres Interesse zeigen.

Bei den Buchdruckern ist der Tarif mit 38 071 gegen 23 060 Stimmen angenommen worden. 56 754 Mitglieder haben sich an der Abstimmung beteiligt, das sind 75,7 Prozent der Verbandsmitglieder. 58,92 Prozent stimmten mit „Ja“, 41,08 Prozent mit „Nein“.

**Eine Veränderung des Lohnabkommens im Buchdruckergewerbe** ist am 1. Februar getroffen worden. Von diesem Tag an erhalten über 24 Jahre alte Gehilfen in der 1. Druckschlagklasse einen Stundenlohn von 607 M. Für gelebte Arbeiterinnen wird nach zweijähriger Berufstätigkeit ein Stundenlohn in derselben Druckschlagklasse von 864 M. gezahlt.

**Die neuen Unterstützungssätze für Erwerbslose.** Rückwirkend vom 15. Januar sind die Unterstützungssätze erhöht worden. In Klasse A erhalten Ledige (über 21 Jahre alt) mit eigenem Haushalt den Tag 600 M. Der Familienzuschlag beträgt für die Ehefrau 275 M., für jedes Kind 210 M. — Zugleich ist aber eine weitere Erhöhung der Unterstützung beschlossen worden, die mit dem 29. Januar eintritt. Danach gelten folgende Sätze:

	In den Druckschlagklassen			
	A täglich wtl.	B täglich wtl.	C täglich wtl.	D u. E täglich wtl.
<b>1. für männliche Personen:</b>				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	720,-	650,-	580,-	510,-
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	500,-	450,-	400,-	350,-
c) unter 21 Jahren	250,-	230,-	200,-	170,-
<b>2. für weibliche Personen:</b>				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	550,-	500,-	450,-	400,-
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	350,-	300,-	270,-	240,-
c) unter 21 Jahren	200,-	180,-	160,-	140,-
<b>3. die Familienzuschläge für:</b>				
a) den Ehegatten	330,-	300,-	270,-	240,-
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	230,-	220,-	200,-	170,-

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach zurzeit:

	In den Druckschlagklassen			
	A wtl.	B wtl.	C wtl.	D u. E wtl.
Für ein Ehepaar	6800	6700	6100	4800
Für ein Ehepaar mit 1 Kind	7800	7080	6800	5520
Für ein Ehepaar mit 2 Kindern	8800	8480	7600	6340
Für einen alleinlebenden Mann über 21 Jahre	4320	3960	3420	3060
Für eine alleinlebende Frau über 21 Jahre	8800	8000	2700	2400

Auch diese neuen Sätze halten nicht Schritt mit der fortschreitenden Geldentwertung und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Reichsregierung und Reichsrat sofort erneut zur weiteren Erhöhung der Sätze Stellung nehmen müssen, um so mehr, als die hereinbrechende Wirtschaftskrise immer größere Massen unterhaltlos macht und ihnen eine Verdienstmöglichkeit nimmt. Die Erwerbslosen müssen vor dem völligen Versinken geschützt werden. Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise gewinnt die Unterstützung der Kurzarbeiter höhere Wichtigkeit. Die Zahl der Kurzarbeiter läßt sich im Augenblick nicht feststellen, aber sie umfaßt bereits einen ganz erheblichen Teil der beschäftigten Arbeiter. Für die Unterstützung der Kurzarbeiter gelten noch die bisherigen Bestimmungen. Sie erhalten die Differenz zwischen der Hälfte ihres Lohnes und der Summe der Unterstützung, die sie erhalten würden, wenn sie völlig erwerbslos wären. Zum Beispiel: ein Arbeiter verdient 500 M. Stundenlohn, gleich 24 000 M. wöchentlich bei 48 Arbeitsstunden. Die Arbeitszeit ist auf 24 Stunden verkürzt. Er erhält nunmehr 24 x 400 = 12 000 M. Da die Hälfte davon, 6000 M., anrechnungsfähig ist, würde z. B. nach obiger Skala ein Lediger seinen Zuschlag erhalten können. Ein Ehepaar (in Druckschlagklasse A) würde 6300 M. Unterstützung bei Vollbeschäftigung erhalten. Da nach obiger Skala 6000 M. des Verdienstes dem Kurzarbeiter abgerechnet werden, würde er eine Zu-

schulunterstützung von 300 M. aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erhalten; bei einem Kinde betrüge der Zuschlag 1800 M., bei zwei Kindern 3300 M. die Woche. Dabei ist ein verhältnismäßig günstiges Beispiel gewählt worden. Bei höherem Lohn und milder starker Kurzarbeit ist die Zuschulunterstützung wesentlich niedriger oder fällt ganz fort. Die Sparte zwischen Lohn und Unterstützungssatz ist zu groß. Sie muß durch weitere Erhöhung der Unterstützungssätze günstiger gestaltet werden.

**Die Heranbildung weiblicher Verbandsfunktionäre** läßt sich der Legitimatoren-Verband, dessen Mitgliedschaft überwiegend aus Arbeiterinnen besteht, besonders angelegen sein. Eine von ihm nach Ebersfeld einberufene Frauenkonferenz für Rheinfalden und Westfalen nahm eine Resolution an, die ausspricht, daß man von der Verbandsleitung eine systematische Arbeit erwarte zum Zwecke der Heranbildung der weiblichen Verbandsfunktionäre und Verbandsmitarbeiter zu Staatsbürgerinnen, welche befähigt sind, in praktischer Verwaltungsbereitschaft des Verbandes und des Staates sich dienstbar zu machen. Zu diesem Zwecke fordert die Konferenz möglichst starke Heranziehung der weiblichen Verbandsmitarbeiter zur Verbandsverwaltung und intensifste Aufklärungsarbeit unter den Massen der Arbeiterinnen mit Berücksichtigung der besonderen Frauenfrage und der besonderen Erfordernisse, welche sich aus dem Studium der Frauenfrage ergeben. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll als organisierte Unterbau ein seitlich aus weiblichen Verbandsmitgliedern bestehender Arbeitsausschuß gebildet werden, der in geeigneter Weise eine ständige Verbindung mit den weiblichen Verbandsfunktionären jeder einzelnen Filiale herzustellen und zu unterhalten hat.

**Beziehung deutlicher Großstädte.** Die fremde Belegung erstreckt sich gegenwärtig über mehr als ein Drittel aller deutschen Großstädte. Das Deutsche Reich hat heute 45 Großstädte über 100 000 Einwohner. Frankreich mit Einschluß von Straßburg und Metz hat aber nur 17. Von den deutschen Großstädten sind von den fremden Mächten besetzt: Aachen mit 146 000 Einwohnern, Bochum mit 145 000 Einwohnern, Crefeld mit 124 000 Einwohnern, Dortmund mit 200 000 Einwohnern, Duisburg mit 250 000 Einwohnern, Düsseldorf mit 407 000 Einwohnern, Essen mit 480 000 Einwohnern, Gelsenkirchen mit 169 000 Einwohnern, Hamburg mit 110 000 Einwohnern, Köln mit 641 000 Einwohnern, München-Gladbach mit 107 000 Einwohnern, Oberhausen mit 109 000 Einwohnern, Saarbrücken mit 111 000 Einwohnern und Wiesbaden mit 102 000 Einwohnern.

Diese Großstädte verbergen aber nur den kleineren Teil der deutschemassen Deutschlands, die heute unter der Krone der Belegung durch fremde Militärarmeen stehen. Folgende Ziffern mögen das beweisen:

Saargebiet	650 000 Einwohner
altes rheinisches Besatzungsgebiet	6 400 000
neues Ostpreussensgebiet	3 800 000
<b>Insgesamt:</b>	<b>10 850 000 Einwohner.</b>

Die besetzten Teile Deutschlands sind die hauptsächlichsten Industrie- und Rohmaterialzentren unseres Wirtschaftskörpers. Fast die ganze Eisenproduktion, ein Viertel der deutschen Braunkohlenförderung und beinahe fünf Sechstel der gegenwärtigen Steinkohlenproduktion Deutschlands liegen dort.

### Abrechnungen

Abrechnungen für das 4. Quartal 1922 haben einseitig: Gau 42, Ansbach 31 994,45, Bamberg 11 369,40, Bayreuth 32 962,50, Erlangen 6105,15, Hof 11 500,90, Koblenz 6341,35, Nürnberg 6044,60, Nürnberg-Fürth 1 007 479,10, Sulzbach 2526,20, Würzburg 71 196,40, Einzeljahre 12 285,- M. Gau 8: Berlin 7 259 439,85 M. Heinrich Rodasch.

### Briefkasten

In Königsberg. Sie haben recht, es lag ein Versehen vor. In C. 180 M. — 23. in Bremen. Karte ist durch das Kartellamt zu besorgen. Schreiben Sie sich beschleunigt und lassen Sie die Mitteilung des Verbandsvorstandes in Nr. 5 der „Solidarität“ nach. — Schriftführer in Karlsruhe. Die Beiträge müssen einseitig geschrieben sein. Wann war denn die Generalversammlung? Sie müssen das Datum angeben. Sollen Sie das nach.

### Anzeigen

**Zahlstelle Leipzig.**  
Sonntag, den 24. Februar 1923:  
**25jähriges Stiftungsfest**  
In sämtlichen Sälen des Volkshauses unter Mitwirkung hervorragender Kräfte vom Leipziger Stadttheater, sowie vom Gewandhausorchester und des Männerchors GutsMuths.  
Eintritt 7 Hfr. Anfang 7,3 Uhr.

Sonntag, den 3. März 1923:  
**Großer Festball**  
in allen Sälen des Volkshauses.  
Anfang 7 Uhr. Ende 7 1/2  
Programme sind durch die Vertrauenspersonen und im Bureau ab 10. Februar zu entnehmen.  
Der Gewandhauschor Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion u. Druck: H. Schöler, Charlottenburg, Westfälische Str. 10. Schriftf. u. Druck: H. Schöler, Charlottenburg, Westfälische Str. 10. Druck- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.